

Sven Lange · Heiner Möllers (Hg.)

GESCHICHTE DER BUNDESWEHR



IN 100 OBJEKTEN

BeBra Verlag

Sven Lange · Heiner Möllers (Hg.)

GESCHICHTE DER
BUNDESWEHR
IN 100 OBJEKTEN

BeBra Verlag

INHALT

- Einführung 8
- 1 »Die Frage unserer politischen Zukunft schlechthin« 12
- 2 Himmerod und die »Kanzlerlinie« 16
- 3 Auf verschlungenen Wegen 20
- 4 Einbindung in den gewaltenteilenden Rechtsstaat 24
- 5 Eintritt nur mit »Persilschein« 28
- 6 Es ist »grundlegend Neues zu schaffen« 32
- 7 »Die Soldaten erhalten staatsbürgerlichen Unterricht« 36
- 8 Sicherheit vor und mit Deutschland 40
- 9 Ohne Sonderstellung 44
- 10 »Anwalt der Soldaten« 48
- 11 Parlamentarische Mitwirkung und Kontrolle 52
- 12 »With a lot of help from your transatlantic friends!« 56
- 13 Die langen Schatten der Vergangenheit 60
- 14 »... bitte ich nochmals Herrn Bundeskanzler meinen Mann einzuziehen« 64
- 15 »Ohne mich!« 68
- 16 Auch ohne Uniform im Dienst 72
- 17 Der Tod in der Iller 1957 76
- 18 Unfreiwillig »beim Bund« 80
- 19 Das Heer 84
- 20 Die Marine 88
- 21 Die Luftwaffe 92



- 22 **Anerkannt, nicht eingeehgt!** 96
- 23 **Wie Phönix aus der Asche** 100
- 24 **Mit »Anspruch auf Seelsorge und ungestörte Religionsausübung«** 104
- 25 **Immerwährende Baustelle** 108
- 26 **Wurzeln der Armee** 112
- 27 **Retter in der Not** 116
- 28 **Armee ohne Pathos** 120
- 29 **Nah und fremd zugleich** 124
- 30 **Militär, Macht, Musik** 128
- 31 **Freizeit beim Bund** 132
- 32 **Kulturschock und Härtetest** 136
- 33 **Beatmusik, Haarnetze und Work-Life-Balance** 140
- 34 **Die Starfighter-Krise** 144
- 35 **Kampf um die Köpfe** 148
- 36 **Rechnen gegen den Tod** 152
- 37 **Der Kernauftrag** 156
- 38 **»Blau« gegen »Rot« und gemeinsam gegen Flurschäden** 160
- 39 **Vom atomaren »All in« zur flexiblen Reaktion** 164
- 40 **Öle und Fette** 168
- 41 **Den Schutz beschützen** 172
- 42 **Leben beim Bund** 176
- 43 **»Entrüstet Euch!«** 180
- 44 **Vom »Allgemeinen Ausdauertraining« zum Basis-Fitness-Test** 184
- 45 **Von Aufregern und Affären** 188
- 46 **Übungsplätze** 192
- 47 **Unter der Sonne von Arizona** 196
- 48 **»Die Soldaten der Bundeswehr brauchen kein Feindbild!«** 200



- 49 Hilfe über Grenzen hinweg 204
- 50 Von Garnisonsstädten und Patengemeinden 208
- 51 »Gewissens-TÜV« und »Abschreckungsdienst« 212
- 52 Kampf dem »Papierkrieg« 216
- 53 Verdeckte Bedrohung 220
- 54 Freiwillige braucht das Land 224
- 55 Ein komplexes Geflecht aus Kommunikationsprozessen 228
- 56 Kontrolle schafft Vertrauen 232
- 57 Reserve hat Ruh! 236
- 58 Studieren in Uniform 240
- 59 »Der Menschlichkeit verpflichtet!« 244
- 60 Von Ego-Shootern und Flugsimulatoren 248
- 61 Soldatentod im Frieden 252
- 62 »The lovely sound of freedom«? 256
- 63 Als der »Kalte Krieg« heiß wurde 260
- 64 »Wir kommen als Deutsche zu Deutschen« 264
- 65 Armee der Einheit 268
- 66 Friedensdividende 272
- 67 Splittertarn, Gelboliv und Flecktarn 276
- 68 »Soldaten sind Mörder« 280
- 69 Entspannung durch Rüstungskontrolle 284
- 70 Die Oderflut 1997 288
- 71 Fall einer Männerbastion 292
- 72 »Out of Area« 296
- 73 Rules of Engagement 300
- 74 Am scharfen Ende des Berufs 304
- 75 Dienen unterm blauen Helm 308



- 76 Einsatzausbildung 312
- 77 Neue Aufgaben, neue Bedrohungen 316
- 78 Feldpost 320
- 79 Die »Parlamentsarmee« 324
- 80 Politik mit anderen Mitteln 328
- 81 »Kriegsähnliche Zustände« 332
- 82 Erinnerungskultur 336
- 83 Der Draht nach Hause 340
- 84 Leben im Feldlager 344
- 85 Orientierung im Dienst 348
- 86 Verwundungen der Seele 352
- 87 »Wanderer zwischen beiden Welten« 356
- 88 Junge Krieger 360
- 89 Unter Einsatz des Lebens 364
- 90 Multinationalität 368
- 91 »Freiwillige vor!« 372
- 92 Die Familie dient mit 376
- 93 »Zeitenwende« 380
- 94 Enhanced Forward Presence 384
- 95 »Freundliches Desinteresse« und gelbe Schleifen 388
- 96 Im Kampf gegen ein Virus 392
- 97 »Ohne Mampf kein Kampf!« 396
- 98 Rollenwandel 400
- 99 Hilfe zur Selbsthilfe 404
- 100 Wir.Dienen.Deutschland. 408
- Anhang 410



EINFÜHRUNG

Die Bundeswehr mag bei ihrer Aufstellung Mitte der 1950er-Jahre ein mancherorts »ungeliebtes Kind« der jungen westdeutschen Demokratie gewesen sein, ein leibliches Kind der Bundesrepublik Deutschland war sie allemal. Als sich vier Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht aus den Besatzungszonen der drei westlichen Besatzungsmächte die Bundesrepublik Deutschland konstituierte, blieb der neue Staat vorerst ohne eigene Armee. Erst sechs Jahre später wurden die westdeutschen Streitkräfte gegründet: Der 12. November 1955 gilt als ihre Geburtsstunde. Die Bundeswehr ist also in ein bereits bestehendes Staatswesen hinein aufgebaut worden. Die junge Demokratie in Westdeutschland sah sich damit in der bemerkenswerten und historisch betrachtet außergewöhnlichen Position, eine Armee ganz nach ihren politischen Vorstellungen schaffen und dabei die jüngsten historischen Erfahrungen sowie die aktuelle sicherheitspolitische Lage in Europa berücksichtigen zu können. Vor allem sollten Fehler der Vergangenheit vermieden und die Bundeswehr weder dem Vorbild der Wehrmacht noch dem der Reichswehr folgen. Vielmehr sollte die äußere und innere Ordnung der Bundeswehr dem neuen demokratischen Staatsverständnis entsprechen und ohne Rücksicht auf konkrete historische Vorbilder gestaltet werden, auch wenn die Planer ihre Aufgabe durchaus mit den preußischen Heeresreformen von 1807 bis 1819 verglichen.

Die Aufstellung der neuen Streitkräfte und insbesondere ihre Einbettung in die staatlichen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland wurden zu einem umkämpften Politikum und vollzogen sich vor den Augen einer gleichermaßen aufmerksamen wie kritischen Öffentlichkeit. Das »ungeliebte Kind« ist mittlerweile längst erwachsen und bald wird die Bundeswehr länger bestehen als die Armeen des Kaiserreichs, die Reichswehr und die Wehrmacht zusammen. Schon durch ihre langjährige Existenz prägt die Bundeswehr immer nachdrücklicher die deutsche Militärgeschichte. Nur folgerichtig hat sie vor wenigen Jahren die eigene Geschichte zum Kern ihrer Tradition bestimmt.

Überblicksdarstellungen über die Bundeswehr und ihre Geschichte gibt es mittlerweile viele – auch vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr und seiner Vorgängereinstitution, dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Zumeist erzäh-

len sie deren Entwicklung vorrangig aus einer quellengestützten ereignis-, organisations- oder politikgeschichtlichen Perspektive. Eine solche Herangehensweise erlaubt die nützliche Einteilung in Epochen und Strukturen, was einen analytischen Zugriff erleichtert.

Tatsächlich spiegelt sich in der Geschichte der Bundeswehr aber auch das wechselhafte Verhältnis von zunächst west-, ab 1990 dann gesamtdeutscher Politik und Gesellschaft zu ihren Streitkräften. Alle großen staatlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse haben in der Bundeswehr mehr oder weniger tiefe Spuren hinterlassen. Die Militärgeschichte der Bundeswehr ist deshalb ein inhärenter Teil der politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, selbst wenn sie in der historischen Forschung selten beachtet wird. Aus den Streitkräften des westdeutschen Teilstaats wurde erst die »Armee der Einheit« und später aus der Ausbildungs- und Wehrpflichtarmee eine Armee aus Freiwilligen und Berufssoldaten. Frauen haben diese Bastion der Männlichkeit längst erobert und aus einer reinen Verteidigungsstreitmacht ist eine Armee im weltweiten Einsatz geworden. Anlässlich des Überfalls Russlands auf die Ukraine besann sie sich erneut ihres Kernauftrags, der Landes- und Bündnisverteidigung. Mittlerweile haben mehrere Generationen in der Bundeswehr gedient und sie nachhaltig verändert. Mehr als zehn Millionen Männer und einige Zehntausend Frauen haben ihren Dienst in den Streitkräften geleistet. Viele mögen durch ihre Zeit »beim Bund« auch geprägt worden sein.

Will man die wechselvolle Geschichte der Bundeswehr zusammenfassend erzählen, so kann dies auch mit Blick auf Ausrüstung, Umfang und Personal oder unter der Perspektive ihrer Aufgaben und Einsatzgrundsätze erfolgen. Wichtige Konstanten sind dabei der Primat der Politik und die Konzeption der Inneren Führung mit ihrem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform. Beides bestimmt bis heute maßgeblich Geist und Selbstverständnis der Bundeswehr. Historische Darstellungen und Studien erlauben es, diese Entwicklungen nachzuvollziehen, sie bleiben jedoch oft abstrakt. Das kann ein Vorteil sein, wenn es darum geht, fachlich-professionelle Distanz zum Untersuchungsgegenstand zu wahren. Geist, Alltag und soziale Eigentümlichkeiten der Großorganisation Bundeswehr, in der über Jahrzehnte viele Millionen auch unfreiwillig dienen mussten, werden mit solchen klassischen Methoden der Geschichtsschreibung allerdings nur bedingt erfasst. Die Menschen in der Bundeswehr stehen selten im Fokus analytischer Darstellung und bilden daher oft dunkle Flecken in unserem Geschichtsbild.

Museen und Sammlungen setzen dagegen auf objektbezogenes Lernen. Mit Hilfe von Exponaten gelingt es ihnen oft besser, komplexes Geschehen und längst vergangenen Alltag sinnlich erfahrbar zu machen, als dies schriftliche Quellen vermögen. Besonders eindrucksvoll ist es, wenn in scheinbar unspektakulären Alltagsgegenständen historische Zusammenhänge anschaulich werden und die »Poesie der Dinge« den unmittelbaren persönlichen Zugang

ermöglicht. Im Idealfall tritt dann aus dem Kleinen und Besonderen das Große und Allgemeine plastisch hervor – und dies weckt Erinnerungen, ruft Erzählungen hervor und lässt die Menschen über das Objekt aus der Bundeswehr berichten.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt auch dieses Buch. Es nähert sich sehr unterschiedlichen Themen, Aspekten und Zusammenhängen aus der Geschichte der Bundeswehr über Gegenstände an, materialisiert sie gleichsam und bringt sie so dinglich auf den Punkt. Der vorliegende Band soll aber kein Ausstellungskatalog oder Bilderbuch sein. Die spezifische Geschichte der abgebildeten Objekte ist für uns weniger bedeutsam als das, wofür die Gegenstände stehen und was sie verkörpern. Die Objekte werden deshalb von knappen Texten begleitet, die sie in einen größeren Entstehungs- und Bedeutungskontext einbetten und die Geschichte hinter dem Objekt erzählen.

Die Autoren selbst kommen zum überwiegenden Teil aus dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, jedoch haben auch externe Kolleginnen und Kollegen zahlreich unterstützt. Namentlich nennen möchten wir an dieser Stelle Prof. Dr. Reiner Pommerin, der während der Erstellung der Reinschrift am 4. Juli 2024 verstorben ist. Wir erachten es als besonderes Glück, dass er uns seine Texte zuvor noch zur Verfügung stellen konnte.

Die abgebildeten Objekte sind so vielfältig wie die Streitkräfte selbst und stammen aus allen Zeitabschnitten der Bundeswehrgeschichte, aber nicht in jedem Fall aus der Bundeswehr selbst. Sie alle stehen jeweils symbolhaft für einen spezifischen Aspekt, für eine Entwicklung oder für ein besonderes Ereignis. Manche verkörpern als Leitobjekte Grundsätzliches und Langlebiges, andere werfen Schlaglichter auf Randaspekte und Episoden. Ihnen allen gemeinsam ist, dass sie im Wortsinn die Geschichte der Bundeswehr anschaulich und sinnlich erfahrbar machen sollen – in einem Maße, wie dies mit einem herkömmlichen geschichtswissenschaftlichen Ansatz kaum zu leisten ist. Hierfür wurden Gegenstände aus möglichst vielen Bereichen zusammengetragen. Dabei haben wir weitgehend vermieden, Objekte auszuwählen, die eigens dafür geschaffen wurden, stellvertretend oder symbolisch für etwas zu stehen, etwa die in der Bundeswehr allgegenwärtigen Wappen und Abzeichen. Letztlich bleibt die Auswahl dennoch willkürlich und wichtige Bereiche und Aspekte sind schon aus Platzgründen unberücksichtigt geblieben. Auch unser Versuch, die Geschichte der Bundeswehr mit Hilfe von Dingen zu erzählen, kann deswegen nie die Bundeswehr in ihrer Gesamtheit erfassen. Er versteht sich nicht als ein Ersatz, sondern als eine Ergänzung herkömmlicher historischer Darstellungen.

Wie alle großen sozialen Organisationen zeichnet auch das Militär aus, spezifische Eigenarten zu entwickeln, um sich von der Umwelt abzusetzen, vor allem in Sprache und Habitus. Die Bundeswehr bildet dabei keine Ausnahme. Objekte sind geeignet, diese Eigentüm-

lichkeiten der militärischen Welt und die teilweise tiefgreifenden habituellen Veränderungen innerhalb der Bundeswehr anschaulich zu machen. Wir haben deshalb auch Gegenstände ausgesucht, die etwas über den sozialen Raum Bundeswehr und seinen Wandel aussagen. Viele dieser Gegenstände werden zumindest den aktiven und ehemaligen Soldatinnen und Soldaten bekannt sein. Manche sind ikonisch geworden und werden sogar außerhalb der Bundeswehr wiedererkannt.

Die Suche nach solchen Objekten hat jedenfalls den Löwenanteil der Zeit in Anspruch genommen, die für die Verwirklichung dieses Buches aufgewendet werden musste. Wir hoffen, eine Auswahl getroffen zu haben, die Bekanntes mit Unbekanntem verbindet, Erinnern, Staunen oder Schmunzeln hervorruft und für alle Lesergruppen Neues bietet.

Manche Objektidee ließ sich nicht verwirklichen und musste letztlich fallen gelassen werden, oft kam der Zufall hinzu und zumeist bedurfte es der Unterstützung Dritter, um des Objekts der Begierde habhaft zu werden. Zu großem Dank verpflichtet sind wir insbesondere dem Haus der Geschichte in Bonn, namentlich Dr. Manfred Wichmann und Prof. Dr. Hanno Sowade, sowie dem Militärgeschichtlichen Museum der Bundeswehr. Beide Häuser haben uns ihren Sammlungsbestand zur Verfügung gestellt und mit Bildmaterial unterstützt. Weiterhin danken wir dem Deutschen Marinemuseum in Wilhelmshaven und den Dienststellen der Bundeswehr für die Bereitstellung von Exponaten und Bildmaterial sowie für die sachliche Beratung bei der Erstellung der Texte. Ein besonderer Dank gilt Andrea Ulke und Ralf Heldenmaier vom Militärgeschichtlichen Museum der Bundeswehr für die zahlreichen auf kurzfristige Anfrage aufgenommenen Fotos wie auch Carola Klinke für die Bildbearbeitung.

Schließlich danken wir Ihnen, den Leserinnen und Lesern, für Ihr Interesse. Wir hoffen, dass Sie mit der Lektüre ebenso viel Freude haben wie wir bei der Konzeption und Erstellung dieses Buches.

Wir widmen diesen Band Prof. Eckardt Opitz (1938–2025).

*Sven Lange
Heiner Möllers*

»DIE FRAGE UNSERER POLITISCHEN ZUKUNFT SCHLECHTHIN«

Wiederbewaffnung und Aufbau westdeutscher Streitkräfte



Einlasskarte für die Abgeordneten des Deutschen Bundestags zur Debatte um den (west-)deutschen Wehrbeitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

Mit dieser im Postkartenformat und auf hölzerner Kartonage gedruckten Einlasskarte zum Plenarsaal des Bonner Bundeshauses erhielt ihr Besitzer am Donnerstag, dem 7. Februar 1952 Zugang zur 190. Sitzung des Deutschen Bundestags. Handschriftlich notiert hatte er »Wehrdebatte«. Die SPD hatte sie auf die Tagesordnung gesetzt. Mit dieser Plenardebatte begann 1952 eine Reihe parlamentarischer Auseinandersetzungen, in deren Zentrum die Gesetzesentwürfe zur Annahme der »Westverträge« standen, zu denen unter anderem der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den »Drei Mächten« sowie der Vertrag zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zählten. Dieses an Heftigkeit bis heute kaum zu überbietende Ringen gilt als Geburtsstunde des bundesdeutschen Parlamentarismus. Zugleich bildete es den vorläufigen Abschluss eines komplexen politischen Prozesses, der in der zweiten Hälfte der 1940er-Jahre einsetzte und sich um die Lösung der zentralen Fragen von Sicherheit, Gleichberechtigung und staatlicher Souveränität für die Bundesrepublik Deutschland bemühte. Nach einer über zwei Tage und streckenweise hoch emotional geführten Auseinandersetzung stimmten schließlich 204 Abgeordnete für und 156 gegen einen bundesdeutschen Wehrbeitrag.

Die Anfänge der Bundeswehr reichen weit vor ihre eigentliche Aufstellung im Jahr 1955 zurück. Je nach Sichtweise waren die neuen westdeutschen Streitkräfte ein Produkt US-amerikanischer Weltpolitik oder ein Instrument bundesdeutscher Interessenspolitik. Zweifellos war ihre Aufstellung eng mit der internationalen Politik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verwoben.

Mit der deutschen Niederlage endete 1945 nicht nur der sechs Jahre währende Zweite Weltkrieg, sondern auch ein im deutschen Namen begangenes Menschheitsverbrechen. Deutschland als Staat existierte nicht mehr. Zunächst wurden die deutschen Gebiete ostwärts der Oder unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellt und schließlich die übrigen Landesteile in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Die vollziehende Gewalt oblag den jeweiligen Militärgouverneuren, die gemeinsam den Alliierten Kontrollrat bildeten. Deutschland war vom Subjekt staatlichen Handelns zu einem Objekt ausländischer Mächte geworden.

Die im Krieg zusammengewachsene Anti-Hitler-Koalition, die sich die Verwaltung Deutschlands und die Gestaltung dessen politischer Zukunft zum Ziel gesetzt hatte, zerbrach bereits 1947. Der folgende Kalte Krieg, der sich früh angedeutet hatte, war Teil des seit 1917 andauernden und tief wurzelnden Ost-West-Gegensatzes zwischen den an einer liberalen Weltwirtschaftsordnung orientierten parlamentarisch verfassten USA und dem kommunistischen Einparteienstaat Sowjetunion. Die USA verfolgten spätestens ab 1947 eine globale Strategie der Eindämmung der Sowjetunion, in die die spätere Bundesrepublik politisch, wirtschaftlich sowie militärisch einbezogen wurde.

Mit dem Auseinanderbrechen des Alliierten Kontrollrats 1948 wurde die gemeinsame Verwaltung des besetzten Deutschlands hinfällig. Das bedeutete für die kommenden Jahrzehnte faktisch die Teilung Deutschlands. Das Ringen der beiden Weltmächte beschränkte sich aber nicht nur auf das besetzte Deutschland, dessen ehemalige Hauptstadt Berlin bereits 1948/49 durch die Sowjetunion blockiert wurde. Schon zu Jahresbeginn 1948 hatten Kommunisten in Prag die dortige Regierung gestürzt. Ein Jahr später entstand in China ein ebenfalls kommunistisch geführter Einparteienstaat. Im selben Jahr zündete Moskau erstmals eine Atombombe. Im Juni 1950 schließlich brach im seit 1945 durch die Sowjetunion und die USA besetzten Korea ein Krieg aus, nachdem Verbände des kommunistischen Nordens über den 38. Breitengrad hinweg nach Süden angegriffen hatten. Auch dieser Krieg hatte sich seit Längerem angekündigt. Parallelen zum ebenfalls geteilten Deutschland lagen auf der Hand.

Im Zuge dieses politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ringens der Supermächte verfestigte sich die Teilung Deutschlands. Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, entstanden aus der sowjetischen Besatzungszone, und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, hervorgegangen aus den drei westlichen Besatzungszonen, war die Teilung Deutschlands 1949 zementiert. Das geteilte Deutschland stand über Jahrzehnte sinnbildlich für den Eisernen Vorhang, der Europa und die ganze Welt in zwei Blöcke teilte.

In dieser weltpolitischen Gemengelage wurzeln unterschiedliche, nur schwer fassbare Ausgangspunkte für den künftigen bundesdeutschen Wehrbeitrag. Sie lassen sich bis in das Jahr 1947 zurückverfolgen. Der entscheidende politische Wille ging dabei von den USA aus. Diese wollten verhindern, dass das wirtschaftliche und militärische Potenzial der westlichen Besatzungszonen und schließlich Deutschland als Ganzes in den östlichen Machtbereich gieren. Ein erster Schritt in diese Richtung war die ab 1947 über die amerikanisch geführte Organisation Gehlen, den Vorgänger des 1956 eingerichteten Bundesnachrichtendienstes, gesteuerte Zusammenführung jener ehemaligen Soldaten, die sich ab 1948 für den Aufbau eines parlamentarisch verfassten und im Westen politisch verankerten Weststaates zur Verfügung stellten. Unter ihnen war der spätere erste Generalinspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant a. D. Adolf Heusinger, der sich mit organisatorischen und operativen Fragen eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags auseinandersetzte. Mit ihm zusammen arbeitete General der Infanterie a. D. Hermann Foertsch, der Fragen der institutionellen Einbindung künftiger Streitkräfte bearbeitete und dieses Arbeitsfeld früh an Generalmajor a. D. Erich Dethleffsen weitergab. Beide wurden später nicht in die Bundeswehr übernommen. Im Sommer 1948 trat schließlich der künftige erste deutsche Oberbefehlshaber Alliierte Landstreitkräfte Europa Mitte, Generalleutnant a. D. Dr. Hans Speidel, mit militärpolitischen Überlegungen zur Sicherheit Westeuropas bei parteiübergreifenden Zusammenkünften wie dem Laupheimer Kreis in Erscheinung. Im Dezember 1948 fertigte er ein erstes sicherheitspolitisches Memorandum

für den späteren Bundeskanzler Konrad Adenauer. Alle vier Offiziere waren an die Organisation Gehlen angebunden. Neben diese frühen US-amerikanischen Bestrebungen traten regionale deutsche Kreise. Im heutigen Baden-Württemberg beispielsweise – mit amerikanischer Kenntnis und auf Verlangen der Tübinger Landesregierung – wurde über deutsche Veteranenverbände die Soldatenselbsthilfe organisiert. Diese stellte, von Stuttgart ausgehend, im Krieg zu mobilisierende Verbände auf, die im Falle einer sowjetischen Invasion die Landesregierung evakuieren und den Kern einer Exilarmee hätten bilden sollen.

Auf diesen Vorarbeiten bauten die politischen Überlegungen der 1949 geschaffenen Bundesrepublik auf (siehe Beitrag 3). Ihre parteiübergreifenden Ziele lassen sich mit Souveränität, Sicherheit, politische und wirtschaftliche Stabilität sowie dem Erreichen der Wiedervereinigung beschreiben. Realisiert werden sollten diese voneinander kaum zu trennenden Ziele über eine konsequente politische Westbindung und somit über eine wirtschaftliche und auch militärische Integration. Dies bedeutete zugleich eine Abkehr von einer eigenständigen nationalen Machtpolitik. Da die Erlangung staatlicher Souveränität für die Bundesrepublik an die Bereitschaft zur Erbringung des Wehrbeitrags gekoppelt war, die Bundesrepublik also einer der zentralen europäischen Partner für die US-amerikanische Eindämmungspolitik werden sollte, war die Wiederbewaffnung nach Auffassung Bundeskanzler Adenauers »die Frage unserer politischen Zukunft schlechthin«. Sie war der Weg, um sich vom Objekt zum Subjekt staatlichen Handelns zu entwickeln. Dieser politische Prozess verlief nicht frei von öffentlichem Widerspruch. Er war in Teilen durch die Sowjetunion gesteuert und zum Teil von der Angst vor der endgültigen Teilung Deutschlands oder vor einem weiteren Krieg getragen.

All diese unterschiedlichen Anfänge, die sich zunächst unterhalb einer nationalen oder internationalen Beschlussebene bewegten, wären ohne die Rahmenbedingungen des Kalten Kriegs nicht denkbar, ohne den Willen der USA nicht möglich und ohne die bundesdeutsche Bereitschaft zur Integration in das westliche politische System nicht umsetzbar gewesen. Sie schufen die Grundlage für die räumliche Unversehrtheit des Bundesgebiets, die Wiederherstellung der (Teil-)Souveränität, für innenpolitische und wirtschaftliche Stabilität und letztlich die Chance auf die Wiedervereinigung, die 1990 erreicht wurde.



Die Wiederbewaffnung wurde in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit zum Teil heftig kritisiert. Das Plakat der Gruppe der Wehrdienstverweigerer Mülheim-Ruhr rief zur Teilnahme an einer öffentlichen Versammlung am 19. Januar 1955 auf.

Thorsten Loch



HIMMEROD UND DIE »KANZLERLINIE«

Verteidigungspolitische
Konzeptionen im
Nachkriegsdeutschland

Kruzifix aus dem Besprechungsraum der Zisterzienserabtei Himmerod, in dem 1950 ehemalige Wehrmachtsoffiziere mit offiziellem Auftrag über künftige deutsche Streitkräfte berieten

Im Kloster Himmerod, einer Zisterzienserabtei in der Eifel, tagte Anfang Oktober 1950 eine 15-köpfige Gruppe ehemaliger Offiziere der Wehrmacht im Auftrag der Bundesregierung, um über Ziele und Strukturen künftiger westdeutscher Streitkräfte zu beraten. Die Klausur fand unter dem Symbol des gekreuzigten Jesus Christus statt, Sinnbild für die Wiederauferstehung und die Läuterung des Menschen. Lange Jahre galt die in Himmerod ausgearbeitete Denkschrift »Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur westeuropäischen Verteidigung« als das wichtigste Gründungsdokument der Bundeswehr, ja als deren »Magna Charta«. Die konzeptionellen Ursprünge des westdeutschen Verteidigungsbeitrags reichen jedoch weiter zurück. Sie gerieten nicht zuletzt wegen des Ringens im Kalten Krieg für lange Jahre in Vergessenheit.

Das erste Papier, das sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs mit einem deutschen militärischen Verteidigungsbeitrag befasste, datiert tatsächlich bereits auf den 20. Juli 1945. Ihr Verfasser, der damalige Oberst i. G. a. D. und spätere Oberbefehlshaber der Alliierten Landstreitkräfte Europa Mitte, Johann Adolf Graf von Kielmansegg, skizzierte darin die Umrisse einer deutschen Legion unter britischem Oberbefehl, die im Falle eines Konflikts mit der Sowjetunion aufseiten der Westalliierten hätte kämpfen sollen. Doch der Alliierte Kontrollrat verbot jegliche Beschäftigung mit Fragen der Aufstellung deutscher Verbände und löste 1946 die Wehrmacht formal auf.

Dessen ungeachtet entwickelten sich in den folgenden Jahren unter ehemaligen Soldaten verschiedene Vorstellungen über den künftigen Aufbau westdeutscher Streitkräfte. Die einflussreichste verband sich mit der damals ausgerufenen US-amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion und wurde zunächst in der US-amerikanischen Besatzungszone diskutiert. Als Knotenpunkt oder Verteiler für das dahinterstehende militärische Netzwerk fungierte die US-amerikanische Organisation Gehlen, die 1947 ihre Arbeit aufnahm und aus der 1956 der Bundesnachrichtendienst hervorging. Seit 1949 versammelten sich in dieser »Dienststelle 35« ehemalige Offiziere, die sich der Idee einer deutschen Integration in den Westen verschrieben. Doch nicht nur Soldaten, auch Vertreter aus Wirtschaft und Politik folgten dieser Ordnungsvorstellung, die die Grundlage für Sicherheit, Wohlstand und vor allem staatliche Selbstbehauptung für ein wiederzvereinigendes Deutschland legen sollte. Für die kaum voneinander zu trennenden Verflechtungen von wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Handlungsfeldern stand die »Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 e.V.«. Ihr Geschäftsführer war der ehemalige Abteilungsleiter Heer im Wehrmachtgeneralstab im Oberkommando der Wehrmacht, Generalmajor a. D. Erich Dethleffsen. In ihren Denkschriften propagierte sie die wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen eines liberalen Welt Handels, die sie ab 1949 mit der Frage der Wiederbewaffnung verband und in die Öffentlichkeit trug. Seit 1948 arbeitete Generalleutnant a. D. Adolf Heusinger, der ehemalige Leiter der Ope-

rationsabteilung im für den östlichen Kriegsschauplatz verantwortlichen Oberkommando des Heeres, ebenfalls für die Organisation Gehlen. Er legte mehrere Denkschriften vor, die sich mit der strategischen und operativen Lage der westlichen Welt im Allgemeinen und Zentraleuropas im Speziellen befasste. Im Sommer 1948 trat Generalleutnant a. D. Hans Speidel hinzu, der in überparteilich organisierten Gesprächskreisen wie dem Laupheimer Kreis über die Frage der »Sicherheit Westeuropas« vortrug. Er verwies auf die von der expansiven Sowjetideologie ausgehenden Gefahren und auf die gleichzeitige Schutzlosigkeit Westdeutschlands sowie Zentraleuropas. Angelehnt an die US-amerikanische Eindämmungspolitik entwickelte Speidel daraus die These, dass die östliche Bedrohung das westliche Europa insgesamt betreffe und Deutschland der entscheidende wirtschaftliche wie militärische Mosaikstein zur Verteidigung Westeuropas sei. Speidel trug seine These von der Sicherheit Deutschlands als »Zentralproblem der Sicherheit Europas« im Dezember 1948 erstmals auch Konrad Adenauer vor.

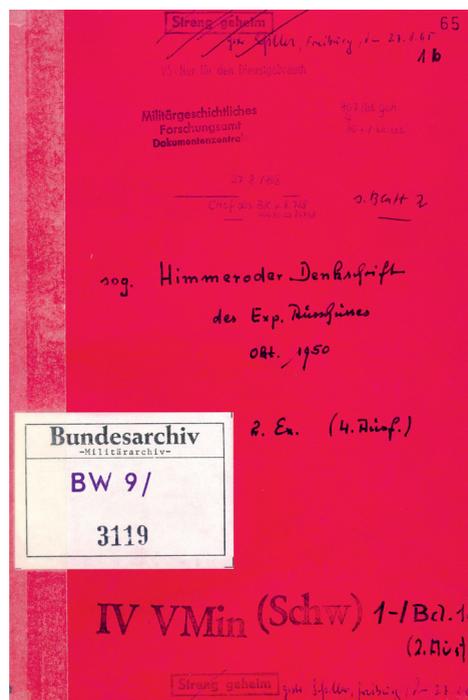
Die kritischen Monate für die politische Entscheidung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags lagen zwischen der Vereidigung des ersten Bundeskabinetts im September 1949 und der Übereinkunft der westlichen Besatzungsmächte für die Wiederbewaffnung in New York im September 1950. Ausgangspunkt waren die 1949 in den USA aufgenommenen Arbeiten an der Sicherheitsstrategie NSC 68. Adenauer bestellte zunächst seinen Wohnungsbau-minister Eberhard Wildermuth (FDP) mit der Funktion eines »Schattenverteidigungsministers« – die Berufung eines offiziellen Bundesverteidigungsministers war wie die öffentliche Befassung mit Wehrfragen nach wie vor verboten. Wildermuth wiederum betraute seinen »Schattengeneralstab« mit den Arbeiten an einem Wiederbewaffnungskonzept. Die ehemaligen Generale Herman Foertsch, Heusinger und Speidel legten im Januar 1950 im sogenannten Besprechungsplan auf lediglich acht Seiten das erste umfassende Konzeptpapier eines Wehraufbaus in der Bundesrepublik vor. Dieses Papier blieb in den folgenden acht Monaten und weit darüber hinaus die bestimmende Richtschnur.

Im Kern sah es auf der Grundlage weitgehender nationaler wie militärischer Gleichstellung vor, ein Höchstmaß an politischer Souveränität zu erzielen, um die Bundesrepublik durch ihren Wehrbeitrag zu einem Subjekt in der internationalen Politik werden zu lassen. Es galt die Prämisse, sich politisch nicht aufzudrängen, sondern sich »bitten zu lassen«, um die »uns abzurierende Bereitschaft zu einer Wiederaufrüstung mit der Erfüllung politischer Forderungen zu verbinden« (Dethleffsen). Das Papier diskutierte letztlich den militärpolitischen Rahmen im Sinne der gleichberechtigten Einbindung in den Westen (Speidel), die bis zur Wiedervereinigung gültige Leitidee einer teilstreitkräfteübergreifenden Grundstruktur der Bundeswehr auf Grundlage der operativen Idee (Heusinger) sowie die institutionelle Einbindung in Staat und Gesellschaft im Sinne einer bereits hier vorweggenommenen Inneren Führung (Foertsch).

Dieser Weg erhielt zwischen Frühjahr und Sommer 1950 Konkurrenz durch die Idee einer »Polizeilösung«, also den Aufbau von Streitkräften über den Umweg einer »Bundesgendarmerie«. Hierzu bestellte Adenauer auf Wunsch der Briten zusätzlich General der Panzertruppen a. D. Gerhard Graf von Schwerin im Frühjahr 1950 mit der Leitung der »Zentrale für Heimatdienst« im Bundeskanzleramt. Die Ordnungsvorstellungen beider Gruppen konkurrierten im Hochsommer offen miteinander. Vor allem Schwerins Grundgedanke, als Bundesrepublik zunächst in Vorleistung zu treten, entsprach nicht der Forderung der Gruppe um Speidel, die bundesdeutsche Bereitschaft zur Erbringung eines Wehrbeitrags unbedingt an die Forderung nach politischer Gleichberechtigung zu knüpfen. Am 14. August 1950 billigte Adenauer letztlich mit der Studie »Gedanken über die Frage der äußeren Sicherheit der Deutschen Bundesrepublik« eine erweiterte Fassung des Besprechungsplans von Foertsch, Heusinger und Speidel und schwenkte damit auf die von Heusinger am 20. Juli 1950 den US-Amerikanern vorgeschlagene Linie ein. Damit war die Konzeption Wildermuths und seiner drei Generale zur verteidigungspolitischen Richtlinie der Bundesrepublik geworden. Sie sah unter anderem vor, einen Arbeitsstab in Form einer besonders gut getarnten Bundesdienststelle, das kommende »Amt Blank«, im Bundeskanzleramt (siehe Beitrag 3) zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund ist die überragende Bedeutung der Himmeroder Denkschrift und ihr Charakter als »Magna Charta« der westdeutschen Wiederbewaffnung zu hinterfragen. Die Denkschrift basierte im Kern auf dem »Besprechungsplan« und ging über die Punkte der Augustdenkschrift nicht hinaus. Sie stellte die bisherigen Überlegungen gleichwohl auf ein breiteres Fundament, indem sie die im August 1950 gebilligte »Kanzlerlinie« fachlich vertiefte und damit für den institutionellen Übergang in eine nachgeordnete – nämlich ministerielle – Dokumentenhierarchie sorgte.

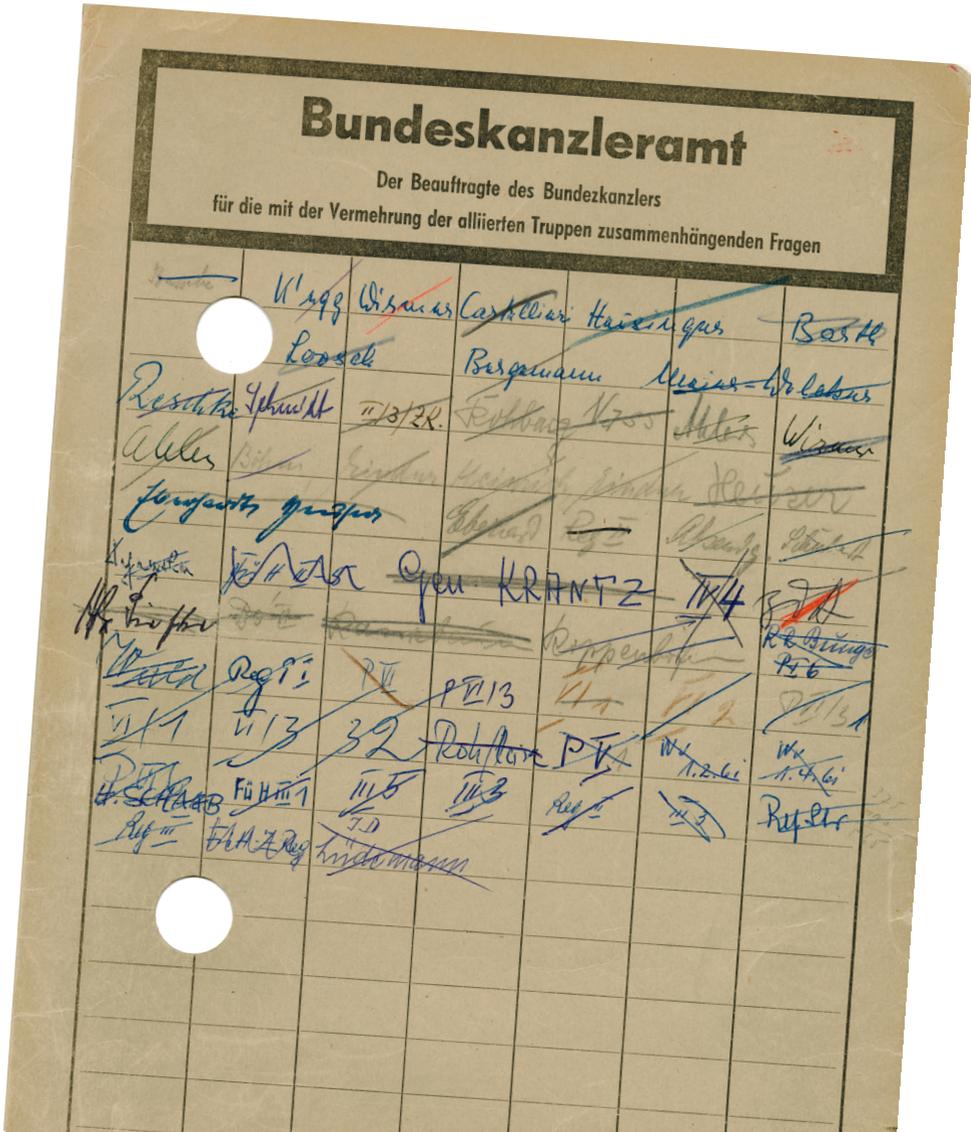
Thorsten Loch



»Streng geheim«: Die Denkschrift der Himmeroder Expertentagung enthält, in nur vier Exemplaren gedruckt, die wesentlichen »Rechengrößen« für den Aufbau der späteren Bundeswehr.

AUF VERSCHLUNGENEN WEGEN

Vom »Schattengeneralstab« über das Amt Blank zum Bundesministerium für Verteidigung



Die Gittermappe ist ein Sinnbild deutscher Ministerialverwaltung. Mit ihrer Hilfe werden Entwürfe, Mitzeichnungsgänge und schließlich ganze Vorgänge im ministeriellen Verwaltungsapparat geordnet bearbeitet. Das abgebildete Exemplar stammt aus einer Behörde, die von Anfang an als Provisorium gedacht war und vielleicht gerade deshalb einen besonders sperrigen Namen trug: »Der Beauftragte des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen«. Das nach seinem ersten Amtsinhaber, Theodor Blank, auch als »Amt Blank« bezeichnete Haus bildete die Keimzelle für das im Juni 1955 aufgestellte Bundesministerium für Verteidigung. Die charakteristischen und namensgebenden Gitternetzlinien auf dem Deckel der Mappen bieten bis heute Raum für den Adressaten der jeweiligen Papiere. Mit Blank, Kielmansegg (K'egg), Wirmer, Cartellieri und Heusinger wurde diese Mappe von prägenden Männern der ersten Stunde genutzt. Schließlich verschwanden die Namen und wurden durch Referatsbezeichnungen abgelöst – Symbol für den Übergang vom Provisorium zur Institution einer obersten deutschen Bundesbehörde.

Erste systematische Arbeiten für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag erfolgten in der US-amerikanischen Organisation Gehlen. In ihr sollten ab 1947 erste Gedanken für einen deutschen Wehrbeitrag entwickelt und koordiniert werden. Zudem sollte sie dafür sorgen, dass aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrende Offiziere angesprochen und erfasst werden konnten. Neben der zentralen »Dienststelle 35« unter General der Artillerie a. D. Horst von Mellenthin oblag dies im »Außendienst« beispielsweise dem Oberst i. G. a. D. Eberhard Graf Nostitz in Hamburg. Ab 1948 konnten auf diese Weise zahlreiche ehemalige Offiziere für die Sache der Wiederbewaffnung gewonnen werden. Obwohl diese Arbeit im US-amerikanischen Auftrag und im Verborgenen geleistet wurde, folgte sie dennoch den überlieferten deutschen Stabs- und Ministerialprozessen. Dezentralisiert organisiert, geschah die Arbeit verstreut über die drei westlichen Besatzungszonen. Verbunden waren die führenden Männer in den verschiedenen Regionen über Kuriere, die Inhalte und Nachrichten übermittelten.

Als im Herbst 1949 mit dem ersten Bundeskabinett nicht mehr nur ausschließlich US-amerikanische, sondern auch bundesdeutsche Ansprechpartner bestanden und Verwaltungsstrukturen notwendig wurden, intensivierte sich die Arbeit. Der Auftrag von Bundeskanzler Konrad Adenauer zur Erarbeitung eines bundesdeutschen Verteidigungskonzeptes markierte

Umlaufmappe, auch Gittermappe genannt, aus dem Amt Blank, 1951. Die Namen der verschiedenen Referate und Unterabteilungen, die diese Mappe durchlaufen hat, wurden nach Erledigung eines Vorgangs ordnungsgemäß durchgestrichen.

den Auftakt für den »Schattengeneralstab« als Behörde (siehe Beitrag 1). Mit dem Voranschreiten der konzeptionellen Planungen wurden diese immer stärker institutionalisiert und professionalisiert. Der Vorschlag hierzu kam aus dem »Schattengeneralstab« selbst. Zunächst wandte sich General der Infanterie a. D. Kurt Brennecke an »Schattenverteidigungsminister« Eberhard Wildermuth und schlug ihm vor, eine Beratergruppe mit Generalleutnant a. D. Hans Speidel an der Spitze zu schaffen. Die Gruppe könne sich angesichts der fortschreitenden Arbeiten nur wirksam entfalten, wenn sie von der Bundesregierung beauftragt und von den alliierten Hohen Kommissaren genehmigt wäre. Zunächst sei dazu eine vorübergehende räumliche Zusammenführung in Bonn notwendig, bevor es zu einer endgültigen Arbeitsstruktur kommen könne. Diesen Vorschlag wiederholte Generalleutnant a. D. Adolf Heusinger 1950 gegenüber den USA am geschichtsträchtigen 20. Juli. Er forderte die Einrichtung eines »Gremiums« (Keimzelle eines Generalstabs) und dessen Unterstellung unter den Bundeskanzler sowie die Bildung einer getarnten Dienststelle der Bundesregierung (Keimzelle eines Ministeriums) mit einem festen Etat. Das Schwesterdokument zu diesem als »Heusingervorschlag« bekannt gewordenem Papier war die Augustdenkschrift der ehemaligen Generale Hermann Foertsch, Heusinger und Speidel für Bundeskanzler Adenauer. Die Vorschläge fanden die Zustimmung sowohl der USA als auch des Bundeskanzlers. Sie markierten den offiziellen Startschuss auf Grundlage des Besprechungsplans vom Januar 1950 und somit zugleich eine erste Wegmarke für die Schaffung des Amtes Blank im Bundeskanzleramt als der besonders gut getarnten Dienststelle zur behördlichen Institutionalisierung der künftigen Bundeswehr.

Mit der Aufstellung des Amtes Blank Anfang November 1950 – zunächst mussten die Herbsttagungen der Außenminister und der NATO abgewartet werden – begann die »offizielle« durch die Bundesregierung beauftragte und durch die westlichen Siegermächte gebilligte Arbeit an der Wiederbewaffnung. Seine praktische Arbeit nahm das Amt mit den Anfang 1951 einsetzenden Beratungen über Form und Art des westdeutschen Verteidigungsbeitrags auf. Doch ließen die Haushaltsmittel keinen sofortigen umfangreichen Personalaufwuchs zu. Ein Großteil der »ministeriellen« Arbeit musste auch weiterhin außerhalb des Amtes geleistet werden. Vor allem galt dies für die Zeit ab Oktober 1951, als die deutschen Vertreter in Paris über die Ausgestaltung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft verhandelten. Detailfragen, die in Paris erörtert werden sollten, wurden nach Bonn gekabelt, konnten dort aber nicht eingehend bearbeitet werden. Die Anfragen gingen daher von Bonn weiter in einzelne, dezentral organisierte »Kreise« Ehemaliger. Marinefragen beispielsweise wurden über den einzigen Marinereferenten im Amt Blank, Fregattenkapitän a. D. Kurt Zenker, nach Hamburg in den sogenannten Meiselkreis, eine Gruppe ehemaliger Admirale, weitergeleitet und dort bearbeitet. So konnten Detailfragen erörtert, in Papierform gebracht und »auf dem Dienstweg« per Kurier nach Bonn ins Amt Blank zurückgegeben, dort in Vorlagen gegossen und

weiter nach Paris zur Verhandlung gereicht werden. Vergleichbar arbeitete die kommende Bundesluftwaffe, die ihre »Spitze« durch Oberstleutnant a. D. Werner Panitzki vertreten ließ. Auch Heusinger und Speidel waren in den Anfangsjahren keine Angehörigen des Amtes Blank, sie arbeiteten ab November 1950 vielmehr als Berater unmittelbar für den Bundeskanzler. Die Bearbeitung der Allgemeinen Wehrfragen, also die Einbindung der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft, wurde über Generalmajor a. D. Erich Dethleffsen in enger Anlehnung an das Bundeskanzleramt von außen geleistet. Auch hier fungierte der zuständige Referent im Amt Blank, Major i. G. a. D. Wolf Graf von Baudissin, zunächst als Platzhalter. Es dauerte letztlich bis zur Aufstellung des Bundesministeriums für Verteidigung 1955 und darüber hinaus, bis die verteidigungspolitische Arbeit final institutionalisiert werden sollte.

Dieser Aufbau verlief nicht spannungsfrei. Widerspruch entzündete sich immer wieder zwischen der Gruppe der Beamten und der der ehemaligen Soldaten, aber auch innerhalb der jeweiligen Lager, wenn es beispielsweise um das Besetzen zentraler Dienstposten ging. Eine eigenständige militärische Abteilung wurde erst im Sommer 1952 geschaffen. Nicht jeder Angehörige des »Schattengeneralstabs« wurde letztlich in das Amt Blank oder das Bundesministerium für Verteidigung übernommen.

Bis zu den Anfängen des Amtes Blank lagen die planerischen Arbeiten fest in den Händen ehemaliger Offiziere. Mit der schrittweisen Schaffung des provisorischen Ministeriums hielt die Gruppe der Ministerialbeamten und damit verwaltungsrechtliches Handeln Einzug in das weite Feld der Verteidigung. Bereits damals wurden die bis heute gültigen Grundstrukturen gelegt: das Bundesministerium der Verteidigung als eine nach rechtsstaatlichen Grundsätzen agierende oberste Bundesbehörde und als Dienstsitz des Inhabers der Befehls- und Kommandogewalt, der dem teilstreitkräfteübergreifenden Denken verpflichtet ist.

Thorsten Loch

EINBINDUNG IN DEN GEWALTENTEILENDEN RECHTSSTAAT

Streitkräfte in der Demokratie



Koppelschloss zum »Koppel, schwarz« der Bundeswehr. Es wurde in den frühen Jahren zum Dienstanzug, damals grundsätzlich mit Stiefeln, getragen. Heute wird es vor allem bei feierlichen Anlässen zum Dienstanzug getragen, der dann umgangssprachlich »Großer Dienstanzug« genannt wird.

Im Jahr 1962 führte die Bundeswehr das Koppelschloss für den Dienstanzug in seiner heute noch gültigen Form ein. Seine Kennzeichen sind der Bundesadler und die ihn umrahmenden Worte »Einigkeit, Recht, Freiheit«. Adler und Schrift nehmen Bezug auf staatliche Symbole der Bundesrepublik Deutschland: ihr Wappentier, den Adler, sowie die von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben 1841 gedichtete Nationalhymne. Hoheitliche Abzeichen zieren die Schnallen von Gürteln oder Leibriemen der Soldaten seit mindestens 1847 und stehen seitdem sinnbildlich für die gegenseitige Bindung von Staat und Militär. Soldaten sind immer auch Diener der Verwirklichung staatlicher Selbstbehauptung und gelten als Teil der vollziehenden Gewalt. Insofern weist das Tragen hoheitlicher Symbole auf Koppelschloss, Kopfbedeckung oder Uniform ihren Träger als Repräsentanten des Staates aus. Das älteste nationale Symbol dürfte die seit 1808 an den Kopfbedeckungen geführte Kokarde gewesen sein, die als nationales Erkennungszeichen ihre Ursprünge in der Französischen Revolution hatte.

Die Bundeswehr ist die erste moderne deutsche Armee, die nicht nur in die demokratische Verfassung, sondern auch in die parlamentarische Verfassungsordnung einbezogen ist. Vor allem die Eingliederung der Streitkräfteführung in das Bundesministerium der Verteidigung ordnete die Armee unter die parlamentarisch verantwortliche Exekutive und damit unter ihre Leitung ein, weswegen der Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde bereits 1966 von der Bundeswehr als einem Parlamentsheer sprach.

Die politische Einbindung des künftigen Militärs in die staatlichen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland war Gegenstand der ersten schriftlichen Ausarbeitungen, wie im »Besprechungsplan« vom Januar 1950. Für das Feld der allgemeinen Wehrpolitik definierte er die zu schaffenden Streitkräfte als überparteilich, aber nicht parlaments- oder parteifeindlich, in Fragen der Kommandogewalt jedoch stark und unabhängig. Die eindeutige Unterordnung unter die Politik wurde anerkannt. Ebenso wurden in ihm zentrale Fragen der inneren Struktur im Sinne der späteren Inneren Führung aufgegriffen und vorweggenommen (siehe Beitrag 6). Die staatspolitische Verortung wurde im Sinne einer »Verschmelzung von Armee und Demokratie« in Bundeskanzler Konrad Adenauers Ehrenerklärung von Dezember 1952 vollzogen. Das war der Moment, in dem sich die Bundesrepublik die Soldaten der ehemaligen Wehrmacht unterstellte und ein staatliches Treueverhältnis einforderte, das das Bekenntnis der Soldaten zur Bundesrepublik und ihrer rechtstaatlichen Verfassung zur Bedingung machte.

In den Jahren 1955 und 1956 wurde die Bundeswehr zunächst über die Wehrgesetzgebung in die Staatsverfassung integriert (siehe Beitrag 9). Das Grundgesetz regelte die Befehls- und Kommandogewalt, die im Frieden durch den Bundesminister der Verteidigung ausgeübt und bei Verkündung des Verteidigungsfalles auf den Bundeskanzler übergeht. Ferner regelte es die parlamentarische Kontrolle der militärischen Exekutive und somit das Zusammenspiel beider Bereiche. Es ist zwar der Bund und somit die Exekutive, die Streitkräfte

zur Verteidigung aufstellt, jedoch obliegt dem Parlament als Legislative aufgrund seines Zustimmungsvorbehalts zum Haushalt die Organisationsgewalt sowie das Budgetrecht über die Bundeswehr und somit die Mitwirkung an der Wehrpolitik sowie der Wehrorganisation der Bundesregierung. Neben dieser systemgerechten Einordnung der Bundeswehr in den Verfassungsstaat und seiner verfassungsmäßigen Kontrolle durch das Parlament existieren weitere Organe, über die die Legislative Kontrollbefugnisse ausübt. Zuerst zu nennen ist der Bundestagsausschuss für Verteidigung, der als einziger Ausschuss mit dem Recht ausgestattet ist, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen (März 1956). Auch das Amt des Wehrbeauftragten übt eine Kontrollfunktion für den Bundestag aus, indem

es über den Schutz der Grundrechte in den Streitkräften wacht (Juli 1956). Ein weiteres Instrument stellte der zwischen 1956 und 1968 tätige Personalgutachterausschuss dar (siehe Beitrag 5).



Metallgeprägte Kokarde mit den Bundesfarben Schwarz, Rot und Gold, wie sie an den Schiffchen oder Schirmmützen zum Dienstanzug getragen wird

Er entschied auf Grundlage eines Bundesgesetzes (Juli 1955) über die Einstellung ehemaliger Offiziere vom Dienstgrad Oberst aufwärts und gab die Richtlinien vor für die Einstellung vom Dienstgrad Oberstleutnant abwärts. Anders als der Bundesverteidigungsausschuss oder das Amt des Wehrbeauftragten war er jedoch kein Organ des Bundestages, sondern ein Hilfsmittel der Bundesregierung und somit der Exekutive.

Die Bundeswehr wurde aber nicht nur in die Verfassungslandschaft der Bundesrepublik eingebunden, sondern ihrem inneren Gefüge nach so aufgestellt, dass sie in einer Demokratie bestehen konnte. Den Wesenskern der Streitkräfte bildete das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform. Es verkörperte ein Ideal, das die Entfaltung des freien Menschen in den Streitkräften eines freiheitlichen Staates ermöglichen sollte. Allen militärisch notwendigen Einschränkungen zum Trotz sollte der Soldat im täglichen Dienst das erleben, was er verteidigte: die Freiheit des Einzelnen, rückgebunden an den Schutz durch den Rechtsstaat. Der aus Einsicht frei handelnde Soldat sollte erkennen, dass nur das verteidigungswert ist, was lebenswert ist, wie es das erste Handbuch Innere Führung 1957 vorgab. Eine in die Lebenswirk-

lichkeit der parlamentarisch verfassten Demokratie eingebundene Menschenführung hatte damit das Ziel, die Bundeswehr zu einem Instrument höchster Schlagkraft zu formen. Einigkeit, Recht und Freiheit verbanden sich von Anfang an mit dem wehrhaften Adler zu einer Sinneinheit, repräsentiert durch die Farben Schwarz-Rot-Gold.

Die Einbindung der Bundeswehr in die demokratische Gesellschaft war zugleich immer der Prüfstein, an dem ihre politische Zuverlässigkeit gemessen wurde. In den ersten Jahren war es vor allem die Haltung der Soldaten zum militärischen Widerstand und zur Frage des 20. Juli 1944, aber auch der Umgang der Ausbilder mit den ihnen anvertrauten Wehrpflichtigen, später waren es politische Äußerungen höchster Offiziere oder nach 1990 die Einstellung zur Wehrmacht und das Verhalten in den Auslandseinsätzen. In den vergangenen 70 Jahren gab es mehr als einmal Anlass zur Kritik.

Die Bundeswehr wurde über die Wehrgesetzgebung nicht nur in ein demokratisches System integriert, sondern der parlamentarischen Kontrolle unterworfen und somit Teil des hochmodernen Verfassungs- und gewaltenteilenden Rechtsstaates westlicher Prägung. Dies musste die Politik nicht gegen das Militär durchsetzen, sondern sie tat es mit ihm und den Beamten gemeinsam, weil in der konkret handelnden ehemaligen Generalität der Wehrmacht wie auch der Beamtenschaft die Überzeugung herrschte, dass die Erlangung staatlicher Souveränität – und damit die Voraussetzung eines staatlich legitimierten Militärs – nur über die Westbindung und die Integration in den demokratisch verfassten Staat möglich sein würde.

Thorsten Loch

EINTRITT NUR MIT »PERSILSCHEIN«

Der Personalgutachterausschuss



Wehrmacht-Soldbuch von Generalleutnant Adolf Heusinger (1897–1982). Er war von 1956 bis 1961 erster Generalinspekteur der Bundeswehr und anschließend als erster Deutscher bis zum 26. Februar 1964 Vorsitzender des Militärausschusses (Military Committee) der NATO in Washington, DC.

Im Vorfeld des Aufbaus der Bundeswehr ab 1950 wie auch in ihrer Gründungsphase ab 1955 wurde vielfach gefragt, welcher Soldatentyp die neuen Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland bestimmen sollte. Damit war zwangsläufig die Frage verbunden, welche ehemaligen Soldaten der Wehrmacht aufgenommen werden konnten. Die ab 1956 so benannte Bundeswehr meinte beim Aufbau der neuen Streitkräfte auf militärisch geschultes Fachpersonal, insbesondere in den höheren Rängen, nicht verzichten zu können. Bundeskanzler Konrad Adenauer beantwortete die Frage, ob Offiziere, die schon unter Hitler gedient hätten, auch Offiziere der Bundesrepublik sein könnten, mit dem Hinweis, die NATO werde ihm keine 18-jährigen Generale abnehmen.

Im Amt Blank waren ab 1950 deswegen einige ehemalige Militärs als Berater angestellt, die die Bundeswehrplanungen anlegten. Darunter war Generalleutnant a. D. Adolf Heusinger, der von 1937 bis in den Sommer 1944 als Mitarbeiter und dann als Chef der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres die Landkriegsplanungen der Wehrmacht maßgeblich gesteuert hatte. Sein Soldbuch, das ab dem Dienstgrad Oberstleutnant geführt wurde und später ein aktuelles Passbild als Generalmajor erhielt, gibt Aufschluss über seinen Lebensweg. 1915 in die preußische Armee eingetreten, nahm er am Ersten Weltkrieg teil und setzte in der Reichswehr und der Wehrmacht seine Laufbahn fort. Er zählte zu den generalstabsgeschulten Experten, ohne die keine Armee auskommen konnte, und hatte bis 1944/45 bruchlos unter sich verändernden politischen Rahmenbedingungen seinen »unpolitischen« Dienst geleistet. Bei Kriegsende kam er in Kontakt zu neu entstehenden Netzwerken, deren Protagonisten sich später als Sicherheitsberater der neuen politischen Führung anboten.

Der Deutsche Bundestag etablierte per Gesetz 1955 den »Personalgutachterausschuss«, der bis Ende 1957 »die persönliche Eignung der Offiziere vom Oberst an aufwärts zu prüfen« hatte. Dabei ging es darum, nur unbelastete Bewerber zu den Streitkräften zuzulassen. In anderen gesellschaftlichen Bereichen hatte sich eine »Persilschein-Kultur« entwickelt: Mit entsprechenden schriftlichen Stellungnahmen wurde im Zuge der Entnazifizierung versucht, sich gegenseitig zu entlasten. Unter dem Begriff der persönlichen Eignung verstand der Personalgutachterausschuss sowohl die menschlich-charakterliche als auch die politische und geistige Eignung des Bewerbers. Über die fachlich-militärische Befähigung zu urteilen hielt sich der Ausschuss dagegen für nicht zuständig. Letztlich sollte das Urteil über die Gesamtpersönlichkeit ausschlaggebend sein.

Der Ausschuss entwickelte allgemeine Richtlinien, die »zur Überprüfung der persönlichen Eignung der Soldaten vom Oberstleutnant – einschließlich – abwärts« dienten. Über diese Soldaten befand der Ausschuss nicht selbst und nach persönlicher Vorstellung der Kandidaten, sondern die Freiwilligenannahmestellen und die Vorläufer der personalbearbeitenden Stellen entschieden anhand der Aktenlage entlang der Richtlinien des Gutachterausschusses.

Eine Besonderheit bei der Begutachtung gab es für den elitären Kreis der Generale und Admirale unter den Bewerbern: Sie hatten »ein kurzes vorbereitetes Referat über ein vom zuständigen Unterausschuss ausgewähltes Thema zu halten. Daran schlossen sich Fragen des Vorstandes und des Unterausschuss-Vorsitzenden an den Bewerber an. Erst danach wurde über die persönliche Eignung des Bewerbers entschieden.« Der als Bundestagsdrucksache 3/109 veröffentlichte Abschlussbericht hielt fest, dass es für den Ausschuss wichtig war, »den Bewerber selbst zum Sprechen zu bringen, um dadurch auch seine geistige Aufgeschlossenheit erkennen zu können«. Faktisch hatte es der Bewerber maßgeblich selbst in der Hand, sich vorteilhaft zu präsentieren, wenngleich der Abschlussbericht auch festhielt, dass mitunter der jeweilige Prüfgruppenvorsitzende mit Fragen das Gespräch führte.

Für diese durchaus zeitaufwändige Arbeit bestand der Ausschuss aus lediglich 38 Männern und Frauen – unter anderem ehemalige Soldaten, Persönlichkeiten aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Verwaltungsbeamte, Politiker sowie Unternehmer und Angestellte –, die von der Bundesregierung vorgeschlagen und vom Bundestag gewählt sowie anschließend vom Bundespräsidenten persönlich ernannt worden waren. Der Ausschuss war nicht weisungsgebunden, also tatsächlich in seinen Entscheidungen vollkommen unabhängig. Er überprüfte insgesamt 553 Bewerbungen und lehnte 51 Kandidaten ab; 32 zogen ihre Bewerbungen noch während des Auswahlprozesses zurück.

Über die konkrete Arbeit des Ausschusses ist wenig bekannt, weil er seine Unterlagen nach Abschluss der Vorgänge vollständig vernichtete. Nichts sollte beispielsweise über Ablehnungsgründe einzelner Kandidaten nach außen dringen, obwohl sich das nicht immer verhindern ließ. Bis heute ist unklar, wie die Überprüfung der Kandidaten im Einzelnen verlief. Sicher ist, dass sie vor den jeweiligen Prüfgruppen persönlich erscheinen mussten und zu ihrer früheren militärischen Tätigkeit und vor allem zu ihrer politischen Einstellung befragt wurden. Wesentliches Auswahlkriterium war die individuelle »Demokratietauglichkeit«, die durch Fragen zur Einstellung des Kandidaten zu »Eid und Gehorsam« sowie zur persönlichen Haltung zum gescheiterten Attentat und zum Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 erörtert wurde. Letztlich ging es dem Ausschuss um eine Kernfrage soldatischen Dienens: Wann verbietet das Gewissen die Ausführung von Befehlen und Weisungen?

Trotz aller gewährten Unabhängigkeit überprüfte der Personalgutachterausschuss die Kandidaten nicht gänzlich ohne äußere Einflüsse und interne Unstimmigkeiten. Das belegen wenige bekannte Vorgänge: So erachtete der Ausschuss gerade Heusinger als ungeeignet für militärische Spitzenverwendungen. Offensichtlich gab es in der Bundesregierung aber eine abweichende Wahrnehmung, und auch die USA wollten Heusinger als Experten in der Bundeswehr sehen; nicht zuletzt förderte der Bundeskanzler selbst seine Berufung zum ersten Generalinspekteur. Ein zweiter Fall betraf den früheren Oberst der Luftwaffe Johannes Stein-